LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
18. Wahlperiode

Drucksache **18/12049**

13.12.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 18/10300 und 18/11300 (Ergänzung)
in der Fassung nach der 2. Lesung
Drucksache 18/11993 (Beschlussdrucksache)

3. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 - HHG 2025)

Berichterstatterin Abgeordnete Carolin Kirsch

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksachen 18/10300 und 18/11300 (Ergänzung), in der Fassung nach der 2. Lesung, wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 12.12.2024/Ausgegeben: 13.12.2024

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2025 (Drucksachen 18/10300 und 18/11300), in der Fassung nach der 2. Lesung, wurde wie folgt geändert:

1. Der Gesamtplan (Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht und Kreditfinanzierungsplan, Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)) erhält die aus der Anlage zu diesem Bericht ersichtliche neue Fassung.

2. Die Änderungen in den Einzelplänen ergeben sich aus den beigefügten Veränderungsnachweisen.

3. Das Haushaltsgesetz 2025 bleibt im Übrigen unverändert.

Anlage zum
Haushaltsgesetz

Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
2025

Gesamtplan

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)

Haushaltsübersicht

Einzelplan		Einnahmen 2025 (TEUR)	Einnahmen 2024* (TEUR)	Ausgaben 2025 (TEUR)	Verpflichtungsermächtigungen 2025 (TEUR)	Ausgaben 2024* (TEUR)
01	Landtag	241,3	209,3	241 223,5	112 607,5	211 029,4
02	Ministerpräsident	1 616,3	1 216,3	330 576,8	91 059,7	286 098,9
03	Ministerium des Innern	256 034,5	218 720,7	7 491 908,0	801 356,9	7 109 476,2
04	Ministerium der Justiz	1 635 296,7	1 593 005,1	5 522 767,2	566 074,0	5 238 102,2
05	Ministerium für Schule und Bildung	627 420,1	627 210,4	24 510 747,3	1 022 642,1	22 346 262,7
06	Ministerium für Kultur und Wissenschaft	1 391 012,1	1 415 436,0	10 888 838,4	1 967 683,8	10 640 035,5
07	Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration	474 065,8	426 618,4	9 431 842,1	638 900,8	9 088 171,7
08	Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung	1 342 451,0	1 267 069,4	2 979 614,7	1 555 232,5	3 054 184,2
10	Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr	3 069 566,2	2 799 847,6	5 232 492,7	4 322 312,8	5 101 443,3
11	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	6 958 097,8	6 041 526,1	9 948 651,0	3 254 849,4	8 999 419,5
12	Ministerium der Finanzen	197 201,2	337 337,0	3 148 185,3	99 128,0	2 926 990,7
13	Landesrechnungshof	1,6	1,6	57 666,6	-,-	55 821,2
14	Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie	589 626,0	440 973,1	2 014 874,4	5 174 887,2	1 831 996,8
15	Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz	263 706,9	274 531,3	705 253,6	639 552,8	761 104,8
16	Verfassungsgerichtshof	-,-	-,-	2 516,0	-,-	2 707,8
20	Allgemeine Finanzverwaltung	88 654 950,8	87 356 049,5	22 954 130,7	349 830,0	25 146 906,9
Zusammen		105 461 288,3	102 799 751,8	105 461 288,3	20 596 117,5	102 799 751,8

* Stand: Nachtragshaushalt 2024 - einschl. Stand der Umsetzungen im Haushaltsvollzug 2024 = Vorjahresvergleichszahl

Hinweis:
Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

FINANZIERUNGSÜBERSICHT

		(Mio EUR)
I.	**HAUSHALTSVOLUMEN**	105.461,3
II.	**ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS**	
	1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	105.013,8
	2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	102.849,1
	3. Finanzierungssaldo	-2.164,7
III.	**ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGSSALDOS**	
	4. Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
	4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	15.231,5
	4.2 abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	13.528,4
	4.3 Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	1.703,2
	5. zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	460,0
	6. abzüglich Zuführung an Rücklagen	—
	7. zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	1,5
	8. abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	—
	9. Finanzierungssaldo	-2.164,7
IV.	**NACHRICHTLICH ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL**	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	2.133,2
	zuzüglich Ausgaben zur Anschlussfinanzierung am Kreditmarkt	13.098,4
	Kreditermächtigung (brutto)	15.231,5

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		(Mio EUR)
I.	**EINNAHMEN AUS KREDITEN**	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	—
	vom Kreditmarkt (brutto)	15.231,5
	Zusammen	15.231,5
II.	**TILGUNGSAUSGABEN FÜR KREDITE**	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	77,8
	am Kreditmarkt	13.528,4
	Zusammen	13.606,1
III.	**NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt**	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	-77,8
	am Kreditmarkt	1.703,2
	Zusammen	1.625,4

Berechnung der nach §§ 18 bis 18h der Landeshaushaltsordnung zulässigen Kreditaufnahme und der erforderlichen Tilgung (Konjunkturkomponente)

Berechnung der endgültigen Ex-ante-Konjunkturkomponente für 2025

Lfd. Nr.	Auf Basis der Herbstprojektion der Bundesregierung vom 09. Oktober 2024	in Mio. €	Erläuterungen
1	Produktionslücke 2025	-73.862,1	
2	Budgetsemielastizität der Ländergesamtheit	0,1341	
3	Ex-ante-Konjunkturkomponente der Ländergesamtheit	-9.904,9	Lfd. Nr. 1 x Lfd. Nr. 2
4	Anteil Nordrhein-Westfalen (Quotierung 2023)	0,2075	
5	**Endgültige Ex-ante-Konjunkturkomponente Nordrhein-Westfalen 2025 (zulässige Kreditaufnahme)**	**-2.055,4**	Lfd. Nr. 3 x Lfd. Nr. 4

Bericht

A Allgemeines

Der Haushaltsgesetzentwurf, Drucksache 18/10300, wurde durch das Plenum am 13. September 2024 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Eine Ergänzungsvorlage hat den Landtag am 14. November 2024 erreicht. Die Drucksache 18/11300 wurde umgehend veröffentlicht. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seinen Beschlussempfehlungen zur 2. Lesung jeweils die unveränderte Annahme der Einzelpläne und des Haushaltsgesetzentwurfs mit allen Anlagen empfohlen.

Der Gesetzentwurf wurde vom Landtag in 2. Lesung am 4. bis 6. Dezember 2024 beraten und am 6. Dezember 2024 unter Berücksichtigung der dort beschlossenen Änderungsanträge angenommen und an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Vorbereitung der 3. Lesung zurücküberwiesen. Hierzu wird auch auf die Beschlussdrucksache 18/11993 verwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung in seiner Sitzung am 12. Dezember 2024 abschließend beraten.

In dem Zusammenhang wird auch auf die abschließende Beratung und Abstimmung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisung des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2025 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2025 – GFG 2025), Drucksachen 18/10462 und 18/11300, verwiesen. Der Bericht und die Beschlussempfehlung zur 3. Lesung ergeben sich aus der Drucksache 18/12050.

B Beratung

1. Grundsatzdebatte

Der Sprecher der Fraktion der FDP weist auf die drei Kernpunkte seiner Fraktion beim Haushaltsplanentwurf 2025 hin: Neuverschuldung, Selbstbewirtschaftungsmittel und Förderprogramme. Hinsichtlich der Förderprogramme gebe es keine grundsätzliche Ablehnung, jedoch stelle man die Dimensionierung, die Zweckbindung und den Bürokratieaufwand infrage. Auch bei den Selbstbewirtschaftungsmitteln sei die Dimension überraschend. Das Instrument sei bei bestimmten Zwecken sinnvoll und nicht grundsätzlich abzulehnen aber der Umfang der Rückführung sollte erhöht werden. Die Eröffnung von Handlungsspielräumen durch Neuverschuldung sollte nicht zulasten der jungen Generation erfolgen.

Der Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet mit Verweis auf die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP um Erläuterungen hinsichtlich der Einsparvorschläge.

Der Sprecher der Fraktion der SPD wirbt um Annahme der Änderungsanträge seiner Fraktion, um damit die in 2. Lesung vorgenommenen Kürzungen zurückzunehmen. Hinsichtlich des Änderungsantrags zum Haushaltsgesetzestext erklärt er für seine Fraktion, dass nicht erkennbar sei, warum es bei Bauvorhaben keine Befristung von Selbstbewirtschaftungsmitteln geben solle. Durch Zustimmung bei dem Änderungsantrag würde die versprochene Transparenz hergestellt werden.

Der Sprecher der Fraktion der CDU erklärt, dass die Aufstellung des Haushaltsplans angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheiten und schwierigen finanzielle Lage eine Herausforderung dargestellt habe. Der Haushaltsplanentwurf 2025 berücksichtige die Bedürfnisse der Bürger in NRW und setze Schwerpunkte im Bereich der Bildung von Kindern und Jugendlichen, der Entlastung der Kommunen und der inneren Sicherheit. Hiermit werde in schwierigen Zeiten ein Zeichen für Stabilität gesetzt.

Für die Landesregierung beantwortet Minister der Finanzen Dr. Marcus Optendrenk die Fragen der Ausschussmitglieder. Hinsichtlich der Frage der amtsangemessenen Alimentation gebe es keine Relevanz für den Haushalt 2025. In Bezug auf die Frage der Globalpositionen müsse die unterschiedliche Rechtskraft berücksichtigt werden: Die im Haushaltsplanentwurf angegebenen Globalpositionen müssten erwirtschaftet werden, wohingegen die in der mittelfristigen Finanzplanung dargestellten Globalposition lediglich informatorischen Charakter haben. Eine mögliche Interpretation der unterschiedlichen Zahlen sei, dass im Jahr 2026 steigende Steuereinnahmen zu erwarten seien.

Zu der vollständigen Debatte in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 12. Dezember 2024 wird auf das später vorliegende Wortprotokoll APr. 18/787 verwiesen.

2. Änderungsanträge der Fraktionen zum Zahlenwerk

Die Änderungsanträge der Fraktionen sind einschließlich ihrer Begründung in den Anhängen dargestellt. Die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den einzelnen Änderungsanträgen ergeben sich ebenfalls aus den Anhängen.

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Text des Haushaltsgesetzes 2025

Zum Text des Haushaltsgesetzes 2025 lag ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD zu § 17 des Haushaltsgesetzes vor. Dieser wurde abgelehnt, das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus den Anhängen.

4. Abstimmungen zu den Einzelplänen unter Berücksichtigung der zuvor erfolgten Abstimmungen über die vorliegen Änderungsanträge

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	AfD	Ergebnis/ Bemerkungen
EP 01	ja	nein	ja	nein	nein	veränderte Annahme
EP 02	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 03	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 04	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 05	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 06	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 07	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	AfD	Ergebnis/ Bemerkungen
EP 08	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 10	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 11	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 12	ja	nein	ja	nein	nein	veränderte Annahme
EP 13	ja	ja	ja	ja	ja	einstimmig unveränderte Annahme
EP 14	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 15	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme
EP 16	ja	ja	ja	ja	ja	einstimmig unveränderte Annahme
EP 20 einschl. der Beilagen	ja	nein	ja	nein	nein	veränderte Annahme
Text HHG	ja	nein	ja	nein	nein	unveränderte Annahme

5. Bereinigungsbeschluss

Vorsorglich wurde der nachstehende Bereinigungsbeschluss einstimmig gefasst:

> „Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz bei Kapitel 20 020 Titel 371 10 - Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans - zu verändern.
>
> Die vom Minister der Finanzen nach der heutigen Sitzung des HFA als Anlagen zu unseren Beschlussempfehlungen beizufügenden Veränderungsnachweise sind insoweit verbindlich für die 3. Lesung, als sie die Beschlusslage der heutigen Sitzung unter Berücksichtigung dieses Bereinigungsbeschlusses wiedergeben. Die gesetzlichen Anlagen (Gesamtplan: Haushaltsübersicht, Finanzierungsübersicht, Kreditfinanzierungsplan, sowie der Konjunkturkomponente) sind unter der Berücksichtigung der heutigen Beschlüsse anzupassen.“

6. Ausgleich des Haushalts

Unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge war der Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben weiterhin ausgeglichen. Auf den zuvor gefassten Bereinigungsbeschluss wird verwiesen. Ein gesonderter Beschluss zum Haushaltsausgleich war entbehrlich.

C Ergebnis

Über den Gesetzentwurf, Drucksachen 18/10300 und 18/11300 (Ergänzung) in der Fassung nach der 2. Lesung, wurde unter Berücksichtigung der zuvor angenommenen Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss am 12. Dezember 2024 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, FDP und AfD **verändert angenommen**.

Carolin Kirsch
Vorsitzende

Anhang: Änderungsanträge der Fraktionen

Anlage: Veränderungsnachweise

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 01
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU SPD GRÜNE	**Kapitel 01 010 Landtag** **Titel 531 10 Bürgerräte** Ausbringung eines neuen Titels mit Strichansatz sowie Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro (Fälligkeit 2026) **Begründung:** Bürgerräte können die Akzeptanz demokratischer Prozesse stärken, weil sie breite gesellschaftliche Gruppen frühzeitig und vorbereitend (deliberativ) in politische Entscheidungsprozesse einbeziehen. Diese auf Konsens und produktive Kooperation angelegte Diskussion zielt darauf ab, mit einer demokratischen Debattenkultur Handlungsempfehlungen an das Parlament zu formulieren. Für die Zusammensetzung des Bürgerrates ist es wichtig, dass ein repräsentativer Ausschnitt der Gesellschaft gewählt wird. Der Bürgerrat für Nordrhein-Westfalen soll aus ca. 80 Personen bestehen. Die Beratungen des Bürgerrats selbst könnten in ca. vier bis fünf Wochen mit Sitzungen in Präsenz und digital abgeschlossen sein. Die Vorbereitung wird deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen, insbesondere die Auswahl eines Dienstleisters wird aufgrund von Ausschreibungsverfahren mehrere Monate dauern. Die Kosten werden voraussichtlich bei 500.000 Euro liegen. Daher ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro für den Haushalt 2025 mit Fälligkeit für das Jahr 2026 erforderlich.	**angenommen** CDU ja SPD ja GRÜNE ja FDP nein AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titel 527 01** **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 467.500 Euro 467.500 Euro um 154.300 Euro auf 313.200 Euro **Begründung:** Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Dienstreisen mindestens um ein Drittel reduziert werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 02 010** **Ministerpräsident** **Titel 531 10** **Für Aufgaben der Presseinformation, Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 1.710.600 Euro 1.715.600 Euro um 564.500 Euro auf 1.146.100 Euro **Begründung:** Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit mindestens um ein Drittel reduziert werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 02

zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 02 030** **Europa** **Titel 685 30** **Zuschüsse zur Förderung von grenzüberschreitenden Maßnahmen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 1.308.000 Euro 1.309.000 Euro um 1.192.000 Euro auf 2.500.000 Euro **Begründung:** Nordrhein-Westfalen und die Benelux-Staaten sind auf vielfältige Weise miteinander verbunden und kooperieren auf den unterschiedlichsten Politikfeldern. Daher ist eine weitergehende Vertiefung der Beziehungen notwendig, auch mit Blick auf die Stabilität der Beziehungen nach der Parlamentswahl in Belgien und der neuen Regierung in den Niederlanden. Die angedachte Erhöhung soll beispielweise zur Umsetzung des geforderten NRW-Benelux-Jugendparlamentes oder zur Realisierung des Einsteinteleskopes genutzt werden. Darüber hinaus sollen mit der Erhöhung Mittel in Höhe von 1.000.000 Euro für den regionalen Katastrophenschutz verwendet werden. Aufgrund des Klimawandels treten vermehrt Starkwetterereignisse wie Hochwasser oder Waldbrände auf. Nordrhein-Westfalen muss sich darauf einstellen und mehr Mittel zur Verfügung stellen, auch um mit den Nachbarländern besser zusammenarbeiten zu können.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 02 030** **Europa** **Titel 686 10** **Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der Europafähigkeit einschließlich Regionales Weimarer Dreieck** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 999.000 Euro 1.045.000 Euro um 101.000 Euro auf 1.100.000 Euro **Begründung:** Die Erhöhung der Mittel soll für mehrere Zwecke verwendet werden. Zu nennen ist erstens eine grundsätzliche Vertiefung der Aktivitäten des Regionalen Weimarer Dreiecks. Hier ist insbesondere die Einbindung der Ukraine mit entsprechenden Geldern umzusetzen. Zweitens soll mit der Erhöhung des Baransatzes mehr jungen Menschen die Teilnahme am Jugendgipfel des Regionalen Weimarer Dreiecks ermöglicht werden. Darüber hinaus sollen drittens Jugendaustauschprojekte gestärkt werden. Viertens ist eine Stärkung der Europa-Union als überparteilicher Akteur zur Förderung des Europagedankens und der politischen Bildung vorzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 02 040** **Internationale Angelegenheiten** **Titel 684 10** **Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** von 276.500 Euro **Ansatz 2024** um 55.300 Euro 382.500 Euro auf 221.200 Euro **Begründung:** Die geplante Kürzung in diesem Titel sollte aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung und der beantragten Erhöhung anderer Titel höher ausfallen.	**abgelehnt** CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 02 040** **Internationale Angelegenheiten** **Titel 684 20** **Promotorinnen- und Promotorenprogramm der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 1.347.500 Euro 1.527.500 Euro um 347.500 Euro auf 1.000.000 Euro **Begründung:** Die geplante Kürzung in diesem Titel sollte aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung und der beantragten Erhöhung anderer Titel höher ausfallen.	**abgelehnt** CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten** **Titel 686 00 Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 2.915.500 Euro 3.332.500 Euro um 417.000 Euro auf 3.332.500 Euro **Begründung:** Die beantragte Erhöhung in diesem Titel soll die von der Landesregierung angesetzten Kürzungen zurücknehmen und die Höhe des Ansatzes auf jene des Jahres 2024 festlegen. Aus dem Titel sollen verstärkt Maßnahmen umgesetzt werden, die der Unterstützung der Oblast Dnipropetrowsk in der Ukraine zukommen. Zudem ist eine gleichbleibende finanzielle Unterstützung von Projekten in Israel in Zeiten des dortigen Krieges von Relevanz. Hier sind unter anderem Projekte des Wiederaufbaus und des zivilgesellschaftlichen Austausches zu nennen. Des Weiteren dient die Erhöhung des Ansatzes der verstetigten Unterstützung des UN-Standortes Bonn, zu dessen Stärkung der Landtag einen entsprechenden Antrag verabschiedet hat.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 03 010 Ministerium** **Titelgruppe 83 Schutz und Prävention für Kinder und Jugendliche** **Titel 547 83 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben** Erhöhung des Baransatzes von 9.886.100 Euro um 870.800 Euro auf 10.756.900 Euro **Begründung:** Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen werden ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik erschreckenderweise sowohl immer öfter Opfer von Straftaten als auch selbst als Täterinnen und Täter auffällig. So erreichten sowohl die Anzahl der Kinder, die Opfer sexuellen Missbrauchs wurden als auch die Anzahl der Kinder- und Jugendlichen, die als Tatverdächtige erfasst wurden, im vergangenen Jahr neue traurige Höchststände. Mit Kürzungen im Projekt „Kurve-Kriegen“, das noch von der letzten SPD-geführten Landesregierung initiiert wurde, plant die Landesregierung nun ausgerechnet bei einem Programm zu kürzen, das erfolgreich zu verhindern hilft, dass bereits straffällig gewordene Jugendliche erneut straffällig werden und in eine kriminelle Karriere abgleiten. Mit Kürzungen beim Projekt „Kinderschutz-Häuser“ beabsichtigt sie zudem, Einsparungen bei einem Programm zu erzielen, das dem Schutz von Kindern dient, die schweren Formen von Gewalt und Missbrauch ausgesetzt waren. Dies ist nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 03 110** **Polizei** **Titel 422 01** **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 2.170.701.700 Euro 2.127.881.800 Euro um 8.400.000 Euro auf 2.179.101.700 Euro **Begründung:** In der Polizei NRW gibt es derzeit über 7.000 Tutorinnen und Tutoren. Die Tutorentätigkeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung zum Polizeivollzugsbeamten in Nordrhein-Westfalen. Ohne das hohe Engagement der Tutoren wäre es undenkbar, Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter in der Praxis adäquat auszubilden. Angesichts der hohen Einstellungszahlen steigen aber auch die zusätzlichen Belastungen für Tutoren. Daher ist eine deutliche Anerkennung ihrer Sonderleistungen und ein angemessener Ausgleich ihrer zusätzlichen Arbeitsbelastung und Verantwortung notwendig.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit** **Titel 684 10 Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe** Erhöhung des Baransatzes von 1.000.000 Euro um 7.000 Euro auf 1.007.000 Euro **Begründung:** Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land. Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen. Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit** **Titel 684 11 Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs** Erhöhung des Baransatzes von 500.000 Euro um 733.100 Euro auf 1.233.100 Euro **Begründung:** Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land. Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen. Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit** **Titel 684 20 Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 936.000 Euro auf 936.000 Euro **Begründung:** Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land. Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen. Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 04 210** **Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit** **Titel 684 30** **Zuwendungen an freie Träger für die Mitwirkung bei der Behandlung von Sexualstraftätern** Erhöhung des Baransatzes von 700.000 Euro um 216.200 Euro auf 916.200 Euro **Begründung:** Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land. Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen. Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 010** **Ministerium** **Titelgruppe 61** **Öffentlichkeitsarbeit** **Titel 547 61** **Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 598.900 Euro 598.900 Euro um 299.500 Euro auf 299.400 Euro **Begründung:** Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit sollten um die Hälfte gekürzt werden. Um höher zu priorisierende Aufgaben bewältigen zu können, ist angesicht von Konsilidierungsdruck und dem notwendigen sparsamen und effizienten Umgang mit Steuergeldern der Haushaltsansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit der Haushaltsansatz zu reduzieren.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 62** **Theaterförderung** **Titel 686 62** **Zuschüsse an Landestheater und das rheinisch-westfälische Theaterwesen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 32.547.100 Euro 32.547.100 Euro um 2.000.000 Euro auf 34.547.000 Euro **Begründung:** Aufbau und Struktur der Freien Szene sind an vielen Stellen bereits seit Jahren so stark belastet, dass ein Erhalt der bestehenden Strukturen ohne zusätzliche Mittel kaum noch möglich ist. Dies wird vor allem durch generelle Preissteigerungen, höhere Tarifabschlüsse und der Notwendigkeit fairer Bezahlung, aber auch durch immer komplexere Finanzierungsprozessen seitens der Kommunen verursacht. Die Situation wird zunehmend schwieriger für einen Bereich, der als Innovationsmotor jenseits der institutionell geförderten Kultur gilt. Damit diese Kräfte weiterhin wirksam bleiben und damit auch zu der kulturellen Vielfalt Nordrhein-Westfalen beitragen können, ist eine zuverlässige und ausreichende finanzielle Unterstützung dringend erforderlich.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 63** **Förderung des Bibliothekswesens, der Literatur und des Erhaltes von Kulturgütern** **Titel 686 63** **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 5.593.000 Euro 5.593.000 Euro um 500.000 Euro auf 6.093.000 Euro **Begründung:** Leseförderung geht über die reine Lesefähigkeit hinaus. Besonders bei Kindern und Jugendlichen kann auch das Interesse sowie die Freude am Lesen und an Literatur im Allgemeinen geweckt werden. Die fünf Literaturbüros in Nordrhein-Westfalen leisten einen wichtigen Beitrag, nicht nur den Stellenwert der Literatur in der Kulturlandschaft des Landes zu festigen, weiterzuentwickeln und zu bewahren. Sie organisieren auch zahlreiche Projekte zur Leseförderung, wie etwa Schreibwerkstätten oder Kinder- und Jugendbuchwochen. Diese Initiativen leisten einen bedeutenden Beitrag zur kulturellen Bildung. Um literarisches Schaffen sowie ein Bewusstsein für die Relevanz von Sprache und Literatur im gesellschaftlichen Diskurs nachhaltig zu fördern, muss die Finanzierung der Literaturbüros ausreichend gesichert werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 64** **Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche** **Titel 683 64** **Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 0 Euro 0 Euro um 2.000.000 Euro auf 2.000.000 Euro **Begründung:** Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche sind von existenzieller Bedeutung, da nicht nur die intellektuelle, sondern auch die soziale und emotionale Entwicklung gefördert werden. Private Unternehmen stellen dabei eine sinnvolle Ergänzung und Unterstützung zu den öffentlichen Angeboten dar. Zudem können sie eine andere und vor allem flexible Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ermöglichen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 65** **Kultur und kreative Ökonomie/Nachhaltigkeit Kulturhauptstadt** **Titel 686 65** **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 9.265.000 Euro 9.265.000 Euro um 4.000.000 Euro auf 5.265.000 Euro **Begründung:** Der Haushalt ist laut Ministerin Brandes geprägt von schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund muss verhindert werden, dass Programme und Projekte zur Sicherung der Erfolge aus dem Kulturhauptstadtjahr 2010 unnötig aufgebläht werden. Die Co-Finanzierung durch das Land gebietet aus Effizienzgründen eine maßvolle Finanzierung, die regelmäßig überprüft wird, damit der aktuellen Nachfrage entsprochen werden kann. Insbesondere auch, wenn Kritik an der aktuellen Ausrichtung laut wird.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 69** **Stärkungsinitiative Kultur** **Titel 681 69** **Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 0 Euro 0 Euro um 700.000 Euro auf 700.000 Euro **Begründung:** Um die Kontinuität des Engagements von Künstlerinnen und Künstlern, der Attraktivität und Quantität der Angebote sowie des Erhalts der Spielstätten auch künftig bei gestiegenen Tarif- und Betriebskosten sowie der Einführung von Honorarundergrenzen sicher zu stellen, ist ein Ausgleich durch das Land erforderlich; sowohl für die private Szene als auch für öffentliche Institutionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 69** **Stärkungsinitiative Kultur** **Titel 682 69** **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 0 Euro 0 Euro um 700.000 Euro auf 700.000 Euro **Begründung:** Um die Kontinuität des Engagements von Künstlerinnen und Künstlern, der Attraktivität und Quantität der Angebote sowie des Erhalts der Spielstätten auch künftig bei gestiegenen Tarif- und Betriebskosten sowie der Einführung von Honorarundergrenzen sicher zu stellen, ist ein Ausgleich durch das Land erforderlich; sowohl für die private Szene als auch für öffentliche Institutionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 69** **Stärkungsinitiative Kultur** **Titel 683 69** **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 0 Euro 0 Euro um 700.000 Euro auf 700.000 Euro **Begründung:** Um die Kontinuität des Engagements von Künstlerinnen und Künstlern, der Attraktivität und Quantität der Angebote sowie des Erhalts der Spielstätten auch künftig bei gestiegenen Tarif- und Betriebskosten sowie der Einführung von Honorarundergrenzen sicher zu stellen, ist ein Ausgleich durch das Land erforderlich; sowohl für die private Szene als auch für öffentliche Institutionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 69** **Stärkungsinitiative Kultur** **Titel 684 69** **Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 0 Euro 0 Euro um 700.000 Euro auf 700.000 Euro **Begründung:** Um die Kontinuität des Engagements von Künstlerinnen und Künstlern, der Attraktivität und Quantität der Angebote sowie des Erhalts der Spielstätten auch künftig bei gestiegenen Tarif- und Betriebskosten sowie der Einführung von Honorarundergrenzen sicher zu stellen, ist ein Ausgleich durch das Land erforderlich; sowohl für die private Szene als auch für öffentliche Institutionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 06 050** **Kulturförderung** **Titelgruppe 69** **Stärkungsinitiative Kultur** **Titel 685 69** **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 0 Euro 0 Euro um 700.000 Euro auf 700.000 Euro **Begründung:** Um die Kontinuität des Engagements von Künstlerinnen und Künstlern, der Attraktivität und Quantität der Angebote sowie des Erhalts der Spielstätten auch künftig bei gestiegenen Tarif- und Betriebskosten sowie der Einführung von Honorarundergrenzen sicher zu stellen, ist ein Ausgleich durch das Land erforderlich; sowohl für die private Szene als auch für öffentliche Institutionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 06 072** **Landesförderung der Weiterbildung** **Titel 633 26** **Zuweisungen zur Kofinanzierung für ESF geförderte Projekte für Einrichtungen der Weiterbildung in Trägerschaft der Gemeinden (Kofinanzierung)** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 405.000 Euro auf 405.000 Euro **Begründung:** ESF-Maßnahmen der Weiterbildung werden derzeit zu 10 % vom Land gefördert. Damit werden 50 % der Gesamtkosten durch den ESF gefördert, 40 % tragen die Kommunen und 10 % das Land. Durch die Kürzungen bei der ESF-Kofinanzierung entfällt die Förderung des Landes, wodurch Kommunen mehr belastet werden – was in der Folge dazu führen wird, dass weniger Plätze zur Verfügung stehen oder die Angebote teurer werden. Die ESF-Maßnahmen der Weiterbildung sind in der Regel Vorbereitungskurse für diejenigen, die einen Schulabschluss nachholen möchten und dienen beispielsweise der Alphabetisierung. Um Chancengleichheit in NRW zu ermöglichen, ist die Kofinanzierung von ESF-Maßnahmen für die Weiterbildung wichtig.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 06 072** **Landesförderung der Weiterbildung** **Titel 684 26** **Zuschüsse zur Kofinanzierung für ESF geförderten Projekte für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft (Kofinanzierung)** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 495.000 Euro auf 495.000 Euro **Begründung:** ESF-Maßnahmen der Weiterbildung werden derzeit zu 10 % vom Land gefördert. Damit werden 50 % der Gesamtkosten durch den ESF gefördert, 40 % tragen die Kommunen und 10 % das Land. Durch die Kürzungen bei der ESF-Kofinanzierung entfällt die Förderung des Landes, wodurch Kommunen mehr belastet werden – was in der Folge dazu führen wird, dass weniger Plätze zur Verfügung stehen oder die Angebote teurer werden. Die ESF-Maßnahmen der Weiterbildung sind in der Regel Vorbereitungskurse für diejenigen, die einen Schulabschluss nachholen möchten und dienen beispielsweise der Alphabetisierung. Um Chancengleichheit in NRW zu ermöglichen, ist die Kofinanzierung von ESF-Maßnahmen für die Weiterbildung wichtig.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 07 010** **Ministerium** **Titel 527 01** **Reisekostenvergütungen für Dienstreisen** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 219.300 Euro 234.300 Euro um 72.400 Euro auf 146.900 Euro **Begründung:** Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollten Ausgaben für Dienstreisen mindestens um ein Drittel reduziert werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 07 010** **Ministerium** **Titel 531 10** **Ausgaben für Veröffentlichungen** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 202.900 Euro 252.900 Euro um 101.500 Euro auf 101.400 Euro **Begründung:** Die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit sollten um die Hälfte gekürzt werden. Um höher zu priorisierende Aufgaben bewältigen zu können, ist angesichts von Konsilidierungsdruck und dem notwendigen sparsamen und effizienten Umgang mit Steuergeldern der Haushaltsansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit zu reduzieren.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 07 010** **Ministerium** **Titel 541 10** **Veranstaltungen** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 219.200 Euro 169.200 Euro um 109.600 Euro auf 109.600 Euro **Begründung:** Die Ausgaben für Veranstaltungen sollten um die Hälfte gekürzt werden. Um höher zu priorisierende Aufgaben bewältigen zu können, ist angesichts von Konsilidierungsdruck und dem notwendigen sparsamen und effizienten Umgang mit Steuergeldern der Haushaltsansatz bei der Öffentlichkeitsarbeit zu reduzieren.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titel 547 13** **Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)** Erhöhung des Baransatzes von 1.681.500 Euro um 1.304.400 Euro auf 2.985.900 Euro Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro. **Begründung:** Sicherung bestehender Strukturen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titel 681 00** **Sonstige Leistungen an natürliche Personen für künstliche Befruchtung** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 5.339.500 Euro auf 5.339.500 Euro **Begründung:** Kinderwunsch ist für betroffene Familien ein großes Thema, ungewollte Kinderlosigkeit ist noch immer ein tabuisiertes Thema und für Betroffene nur schwer auszuhalten. Familien haben in NRW Unterstützung erhalten, diese darf man nicht gänzlich kappen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titel 684 10** **Förderung von Kooperationen der Familienbildung und Familienberatung mit Familienzentren** Erhöhung des Baransatzes von 4.000.000 Euro um 1.898.700 Euro auf 5.898.700 Euro **Begründung:** Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titelgruppe 69** **Förderung der Familienberatung** **Titel 633 69** **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände** Erhöhung des Baransatzes von 2.500.000 Euro um 4.403.300 Euro auf 6.903.300 Euro Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro. **Begründung:** Sicherung bestehender Strukturen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titelgruppe 70** **Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik** **Titel 633 70** **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 97.200 Euro auf 97.200 Euro Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro **Begründung:** Besonders Familien, die in schwierigen Lagen nach NRW kommen, brauchen Unterstützung, um sich integrieren zu können und willkommen zu fühlen. Bei vulnerablen Gruppen darf man nicht sparen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titelgruppe 70** **Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik** **Titel 684 70** **Zuschüsse an freie Träger** Erhöhung des Baransatzes von 7.863.000 Euro um 7.642.900 Euro auf 15.505.900 Euro **Begründung:** Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titelgruppe 70** **Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik** **Titel 893 70** **Zuschüsse für Investitionen** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 486.200 Euro auf 486.200 Euro Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro **Begründung:** Streichungen bei besonders vulnerabeln Gruppen sind nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titelgruppe 75** **Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, nicht-binäre und queere Menschen (LSBTIQ*)** **Titel 684 75** **Zuschüsse an freie Träger** Erhöhung des Baransatzes von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.2: Anhebung des Ansatzes 2025 von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro. **Begründung:** Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 07 030** **Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt** **Titelgruppe 75** **Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, nicht-binäre und queere Menschen (LSBTIQ*)** **Titel 684 75** **Zuschüsse an freie Träger** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 2.798.800 Euro 3.215.800 Euro um 350.000 Euro auf 3.148.800 Euro **Begründung:** Freie Träger wie das Queere Netzwerk e.V. leisten wertvolle Arbeit, unter anderem im Kampf gegen Queerfeindlichkeit. Gerade angesichts der zunehmenden Gewalt gegenüber queeren Menschen ist es entscheidend, diesen Organisationen eine stärkere finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie ihre Arbeit bedarfsgerecht und wirkungsvoll gestalten können. Ziel muss es sein, sie in die Lage zu versetzen, ihre Strukturen für Prävention und Opferhilfe gezielt auszubauen – insbesondere auch mit Blick auf die Möglichkeiten der Digitalisierung.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe** **Titel 547 20 Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich KiBiz** Erhöhung des Baransatzes von 6.240.800 Euro um 1.926.900 Euro auf 8.167.700 Euro **Begründung:** Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040** **Kinder- und Jugendhilfe** **Titel 633 19** **Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Bereich Qualifizierung und Weiterentwicklung KiBiz** Erhöhung des Baransatzes von 93.197.700 Euro um 4.485.100 Euro auf 97.682.800 Euro **Begründung:** Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040** **Kinder- und Jugendhilfe** **Titel 633 26** **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kita-Helfer:innen** Erhöhung des Baransatzes von 136.336.900 Euro um 3.663.100 Euro auf 140.000.000 Euro **Begründung:** Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040** **Kinder- und Jugendhilfe** **Titel 684 31** **Sonstige Zuschüsse im Bereich Maßnahmen für den Kinderschutz** Erhöhung des Baransatzes von 4.555.000 Euro um 525.400 Euro auf 5.080.400 Euro **Begründung:** Im Bereich Kinderschutz sind Kürzungen nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040** **Kinder- und Jugendhilfe** **Titelgruppe 61** **Kinder- und Jugendförderplan** **Titel 681 61** **Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz** Erhöhung des Baransatzes von 3.061.800 Euro um 1.938.200 Euro auf 5.000.000 Euro Änderung des Haushaltsvermerks zu Beilage 2 zum Einzelplan 7 - Kinder- und Jugendförderplan Position 1.14: Anhebung des Ansatzes von 3.061.800 Euro um 1.938.200 Euro auf 5.000.000 Euro. **Begründung:** Aufrechterhaltung der Maßnahmen durch ausreichende Gewährung von Sonderurlaub.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe** **Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan** **Titel 684 61 Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe** Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.7: Anhebung des Ansatzes 2025 von 1.120.790 Euro um 126.550 Euro auf 1.247.340 Euro. **Begründung:** Sicherung bestehender Strukturen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040** **Kinder- und Jugendhilfe** **Titelgruppe 70** **Maßnahmen zur Kinder- und Jugendarmutsprävention** **Titel 633 70** **Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände** Erhöhung des Baransatzes von 13.304.700 Euro um 411.400 Euro auf 13.716.100 Euro **Begründung:** Sicherung der bestehenden Strukturen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe** **Titelgruppe 80 Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung** **Titel 633 80 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe** Erhöhung des Baransatzes von 3.150.000 Euro um 7.554.500 Euro auf 10.704.500 Euro **Begründung:** Reduzierungen bei der Qualifikation sind nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe** **Titelgruppe 80 Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung** **Titel 681 80 Zuschüsse an natürliche Personen** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 1.814.400 Euro auf 1.814.400 Euro **Begründung:** Reduzierung der Förderung von Ausbildung und Personal in der Kita sind bei der aktuellen Lage in den Einrichtungen nicht hinzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern** **Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben Gleichstellung** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 995.000 Euro 1.670.000 Euro um 150.000 Euro auf 1.145.000 Euro **Begründung:** Obwohl Endometriose eine der häufigsten gynäkologischen Erkrankungen ist, bleibt sie oft unbekannt und wird tabuisiert. Vielen Betroffenen wie auch dem medizinischen Personal fehlt Wissen über die Krankheit, was häufig zu verspäteten Diagnosen führt. Beschwerden werden oft als „starke Regelschmerzen“ abgetan, was den Leidensdruck erhöht. Endometriose kann zu Unfruchtbarkeit führen, und die Behandlungsmöglichkeiten sind noch begrenzt – meist auf die hormonelle Kontrazeption. Im Schnitt vergehen 10 Jahre bis zur Diagnose, doch eine frühzeitige Erkennung würde die Belastung der Betroffenen deutlich verringern. Eine Aufklärungskampagne könnte Bewusstsein schaffen und eine schnellere Diagnose fördern. Dazu gehören Maßnahmen wie Werbung auf Social Media, Großflächenplakate oder Anzeigen im öffentlichen Nahverkehr.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag Drucksache 18/11762

der Fraktion der FDP

zu dem „**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025)“**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 18/10300 und 18/11300 (Ergänzung)
Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 18/11507

2. Lesung *(Die Drucksache wurde in der 2. Lesung im Plenum nicht abgestimmt.)*

hier: **Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern**
Titelgruppe 61 Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen
Titel 684 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen

Erhöhung des Baransatzes

	2025	**Ansatz lt. HH 2024**
von	31.282.100 Euro	33.181.200 Euro
um	4.000.000 Euro	
auf	35.282.100 Euro	

Begründung

Zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss die Unterstützungsinfrastruktur gemäß der Istanbul-Konvention weiterentwickelt und ausgebaut werden. Auch das Europäische Parlament hat dieses Jahr eine gemeinsame Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beschlossen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts des stetigen Anstiegs häuslicher Gewalt müssen Frauenhausplätze in Nordrhein-Westfalen bedarfsgerecht und flächendeckend zur Verfügung stehen.

abgelehnt

CDU	nein
SPD	ja
GRÜNE	nein
FDP	ja
AfD	ja

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 07 060** **Gleichstellung von Frauen und Männern** **Titelgruppe 61** **Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen** **Titel 684 61** **Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen** Erhöhung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 33.181.200 Euro 33.181.200 Euro um 4.000.000 Euro auf 37.181.200 Euro **Begründung:** Zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen muss die Unterstützungsinfrastruktur gemäß der Istanbul-Konvention weiterentwickelt und ausgebaut werden. Auch das Europäische Parlament hat dieses Jahr eine gemeinsame Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt beschlossen. Vor diesem Hintergrund und angesichts des stetigen Anstiegs häuslicher Gewalt müssen Frauenhausplätze in Nordrhein-Westfalen bedarfsgerecht und flächendeckend zur Verfügung stehen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion der FDP zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 07 060** **Gleichstellung von Frauen und Männern** **Titelgruppe 62** **Gleichstellung und Potenzialentwicklung in Beruf und Gesellschaft** **Titel 686 62** **Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz HH 2024** von 6.629.900 Euro 9.428.000 Euro um 4.000.000 Euro auf 2.629.900 Euro **Begründung:** Maßnahmen zur Gleichstellung und Förderung von Frauen in Beruf und Gesellschaft sind wichtig, doch die finanzielle Unterstützung dafür muss im Verhältnis zu anderen gleichstellungspolitischen Themen wie dem Gewaltschutz stehen. Aus diesem Titel werden 15 Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ gefördert, ohne dass eine Evaluierung oder systematische Erfassung von zeitlichen und personellem Aufwand bei diesem Förderprogramm stattfindet. Ebenso wurde bislang nicht geprüft, ob eine stärkere Konsolidierung und Verlagerung der Beratungsleistungen auf den digitalen Raum sinnvoller sein kann als eine dezentrale Struktur. Ein gewaltfreies Aufwachsen und Leben ist für Frauen und Mädchen dagegen eine grundlegende Voraussetzung, um beruflich erfolgreich zu sein und ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Daher muss dem Gewaltschutz eindeutig Vorrang eingeräumt werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD nein GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 060** **Gleichstellung von Frauen und Männern** **Titelgruppe 82** **Gleichstellung und Potenzialentwicklung in Beruf und Gesellschaft** **Titel 686 62** **Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige** Erhöhung des Baransatzes von 6.629.900 Euro um 2.798.100 Euro auf 9.428.000 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 080** **Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter** **Titelgruppe 67** **Leistungen für die integrationspolitische Infrastruktur nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz** **Titel 633 67** **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände** Erhöhung des Baransatzes von 95.446.200 Euro um 22.764.300 Euro auf 118.210.500 Euro Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa", Zuweisungen an Gemeinden, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren" in Höhe von 5.500.000 Euro. Untertitel 7 "Komm-AN Programmteil II - Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort" in Höhe von 7.050.000 Euro **Begründung:** 1) Wir beantragen einen neuen Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa" und den Erhalt der Zuwendungen. Kommunen mit einer hohen Zuwanderung aus Südosteuropa sind besonderen Herausforderungen ausgesetzt, für die sie die Mittel bisher eingesetzt haben. Dabei handelt es sich teilweise um niedrigschwellige, aufsuchende Arbeit, die nicht in das Kommunale	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

		Integrationsmanagement übertragbar sind. Ohne die Mittel werden Integrationsmaßnahmen für die Gruppe deutlich erschwert und potenzielle Folgen für die Zugewanderten und die Kommunen in Kauf genommen. Um dies zu verhindern und die positiven Effekte weiter zu stärken, muss das Förderprogramm weitergeführt werden. 2) Wir beantragen einen neuen Untertitel 7 "KOMM-AN NRW Programmteil II („Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort“) und den Erhalt der Mittel für diesen Programmbaustein. Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sind eine bedeutende Säule der Integrationsarbeit in NRW. Sie leisten eine wichtige Arbeit bei der Begleitung, Beratung, sozialen und bürokratischen Unterstützung und als Wegbegleiter für Geflüchtete. Ohne die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in NRW würde die Integrationsarbeit in den Kommunen nur halb so gut gelingen. Maßnahmen zur Qualifizierung von ehrenamtlich tätigen Personen und der Begleitung ihrer Arbeit müssen weiterhin aufrecht erhalten werden.	

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 080** **Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter** **Titelgruppe 67** **Leistungen für die integrationspolitische Infrastruktur nach Teilhabe- und Integrationsgesetz** **Titel 686 67** **Zuschüsse an Sonstige** Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 4 "Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben" in Höhe von 929.000 Euro **Begründung:** Die Mittel dienen dem Erhalt der Angebote aufgrund steigender Zahlen Neuzugewanderter sowie seit Jahrzehnten hier lebender Menschen, um u.a. auch strukturelle Herausforderungen begegnen zu können. Wir fordern außerdem den Untertitel 3 des Vorjahres wieder einzufügen, so dass die Mittel für die interkulturellen Zentren im Haushalt ersichtlich bleiben.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 080** **Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter** **Titelgruppe 68** **Förderung der Integration Eingewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt** **Titel 686 68** **Zuschüsse an Sonstige** Erhöhung des Baransatzes von 2.831.000 Euro um 1.170.800 Euro auf 4.001.800 Euro Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07 Position 11: Aufrechterhaltung des Programms "Mehr als Queer" in Höhe von 120.000 Euro **Begründung:** Wir fordern den Erhalt der Mittel. Die Mittel sind u.a. vorgesehen für Projektförderungen in folgenden Bereichen: soziale Eingliederung von Eingewanderten, Maßnahmen gegen Rassismus, Maßnahmen zum Thema Antidiskriminierung, Maßnahmen im Bereich der Islamismus-Prävention, zur Förderung der Mehrsprachigkeit, zur Qualifizierung sowie für die Förderung der sozialen Beratungsarbeit für Sinti und Roma in NRW.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 090** **Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegs-flüchtlinge** **Titel 547 10** **Betreuung Aufnahmeeinrichtungen des Landes** Erhöhung des Baransatzes von 648.528.800 Euro um 2.286.800 Euro auf 650.815.600 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 090** **Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge** **Titel 684 41** **Soziale Beratung von Geflüchteten** Erhöhung des Baransatzes von 18.900.000 Euro um 18.900.000 Euro auf 35.000.000 Euro **Begründung:** Der Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen unterteilt sich in verschiedene Förderbereiche. Diese reichen von der Verfahrensberatung innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis hin zu regionalen Beratungsstellen und psychosozialen Zentren außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Der Erhalt der Mittel für diese Bereiche ist aufgrund des Beratungsbedarfs in den Förderbereichen unerlässlich. Geflüchtete benötigen eine umfängliche Verfahrensberatung und vor allem psychosoziale Beratung. Das Zusammenlegen unterschiedlicher Förderprogramme, hier mit der regionalen Beratung, ist nicht zielführend. Zusätzlich drängen wir auf die rechtzeitige Fertigstellung der Förderrichtlinien, um den Trägern Planungssicherheit zu gewährleisten und eine rechtzeitige Antragstellung zu ermöglichen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 07 090** **Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge** **Titel 685 40** **Zuschüsse für Rückkehrprojekte einschließlich vorbereitender Maßnahmen** Erhöhung des Baransatzes von 6.139.000 Euro um 2.211.900 Euro auf 8.350.900 Euro **Begründung:** Vor dem Hintergrund des Sicherheitspaketes der Landesregierung und verstärkter Bemühungen Straftäter abzuschieben, darf dieser Titel nicht gekürzt werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 10 110** **Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs** **Titelgruppe 69** **Zuschüsse des Landes für Investitionen an Beteiligte gemäß § 17 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes und für sonstige Maßnahmen an Kreuzungen** **Titel 891 69** **Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes von 380.000 Euro um 600.000 Euro auf 980.000 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung

Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 10 110** **Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs** **Titelgruppe 69** **Zuschüsse des Landes für Investitionen an Beteiligte gemäß § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetzes und für sonstige Maßnahmen an Kreuzungen** **Titel 892 69** **Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes von 122.000 Euro um 400.000 Euro auf 522.000 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung

Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 10 160** **Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung** **Titelgruppe 65** **Mobilitätskonzepte und verkehrsmittelübergreifende Mobilität** **Titel 883 65** **Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden oder Gemeindeverbände** Erhöhung des Baransatzes von 13.550.000 Euro um 500.000 Euro auf 14.050.000 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 010 Ministerium** **Titel 514 10 Ausgaben für Maßnahmen zur Epidemieabwehr** Erhöhung des Baransatzes von 10.530.000 Euro um 6.800.000 Euro auf 17.330.000 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 010** **Ministerium** **Titel 547 16** **Sächliche Verwaltungsausgaben Maßnahmen für das Gesundheitswesen** Erhöhung des Baransatzes von 849.100 Euro um 1.393.700 Euro auf 2.242.800 Euro **Begründung:** Das Gesundheitswesen in NRW steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Kürzungen, die den Bereich strukturell schwächen, sind abzulehnen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 010** **Ministerium** **Titel 547 17** **Sächliche Verwaltungsausgaben Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe** Erhöhung des Baransatzes von 4.152.500 Euro um 700.000 Euro auf 4.852.500 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 029** **Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive** **Titel 686 20** **Zuschuss an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen - e.V., Dortmund (TBS)** Erhöhung des Baransatzes von 1.200.000 Euro um 556.000 Euro auf 1.756.000 Euro **Begründung:** Die TBS unterstützt gezielt in zentralen Fragen der betrieblichen Mitbestimmung, insbesondere bei der Einführung neuer Technologien, im Arbeitsschutz und bei wirtschaftlichen Umbrüchen. Gerade diese Themen werden zukünftig eine noch wichtigere Rolle spielen. Dabei muss der Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin hohe Priorität haben. Wenn zukünftig in NRW weiter gute Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, dann kann das nur mit guten Arbeitsbedingungen funktionieren. Die Kürzungen gefährden die Arbeit der TBS jedoch massiv. Vor diesem Hintergrund darf an dieser Stelle nicht am Mitarbeiterschutz gespart werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 029** **Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive** **Titelgruppe 75** **Förderung der Berufseinstiegsbegleitung** **Titel 686 75** **Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke** Erhöhung des Baransatzes von 8.674.000 Euro um 7.626.000 Euro auf 16.300.000 Euro **Begründung:** Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein wichtiges Förderinstrument zur Unterstützung junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Angesichts der großen Anzahl von jungen Menschen im Übergangsystem kommt Maßnahmen wie der Berufseinstiegsbegleitung eine besondere Bedeutung zu. Wir dürfen die jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf nicht allein lassen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 029** **Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive** **Titelgruppe 80** **Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)** **Titel 686 80** **Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke** Erhöhung des Baransatzes von 5.592.000 Euro um 8.408.000 Euro auf 14.000.000 Euro Änderung des Haushaltsvermerks: Streichung "Es ist beabsichtigt, ein an die bisherigen Maßnahmen anschlie-ßendes Angebot im Rahmen des ESF Programms 2021 - 2027 aufzulegen." **Begründung:** Junge Menschen ohne Anschlussperspektive zu adressieren und ihnen den Übergang ins Erwerbsleben zu ermöglichen, ist Kernelement von KAoA. Das Programms ist ein etabliertes und gut angenommenes Programm. Die Streichung der Mittel und Verschiebung in den ESF gefährdet das Ziel junge Menschen ohne Anschlussperspektive zu qualifizieren.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 042** **Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit** **Titel 684 11** **Zuschüsse des Landes an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen** Erhöhung des Baransatzes von 4.500.000 Euro um 1.600.000 Euro auf 6.100.000 Euro **Begründung:** Die Freie Wohlfahrtspflege ist elementarer Bestandteil für den sozialen Zusammenhalt in NRW. Sie leisten wertvolle Arbeit in Bereichen wie der Familienberatung, Berufseinstiegbegleitung oder bei Projekten für Menschen mit Behinderung. Die geplanten Kürzungen des Landeshaushalt 2025 werden zum dauerhaften Wegfall dieser Strukturen führen. Damit würden viele Menschen allein gelassen werden. Diese Entwicklung darf nicht Ziel des Landes NRW werden. Die Kürzungen sind deshalb dringend zurückzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 042** **Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit** **Titelgruppe 90** **Maßnahmen gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit, Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE!"** **Titel 686 90** **Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke** Erhöhung des Baransatzes von 5.600.000 Euro um 60.000 Euro auf 5.660.000 Euro **Begründung:** Angesichts der Planungen die Landesinitiative auf 53 Gebietskörperschaften auszuweiten und der Aussage der Landesregierung nicht bei den Schwächsten der Gesellschaft kürzen zu wollen, ist die Kürzung der Mittel kontraproduktiv und zurückzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 042** **Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit** **Titelgruppe 95** **Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für sozialen Zusammenhalt** **Titel 633 95** **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände** Erhöhung des Baransatzes von 800.000 Euro um 360.600 Euro auf 1.160.600 Euro **Begründung:** Die Landesregierung hat angekündigt, nicht bei den Ärmsten der Armen zu sparen. Dem stehen die Kürzungen für Maßnahmen der Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt entgegen. Damit Armut gar nicht erst entsteht, müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden. Das hat in der Vergangenheit bereits nicht ausgereicht. Wenn jetzt zusätzliche Maßnahmen gekürzt werden, werden noch mehr Menschen von Armut betroffen sein. Dies wird am Ende für alle teurer werden, als jetzt bei den Maßnahmen zu sparen. Die Kürzungen müssen deshalb zurückgenommen werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 042** **Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit** **Titelgruppe 95** **Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt** **Titel 686 95** **Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke** Erhöhung des Baransatzes von 2.890.300 Euro um 629.700 Euro auf 3.520.000 Euro **Begründung:** Die Landesregierung hat angekündigt, nicht bei den Ärmsten der Armen zu sparen. Dem stehen die Kürzungen für Maßnahmen der Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt entgegen. Damit Armut gar nicht erst entsteht, müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden. Das hat in der Vergangenheit bereits nicht ausgereicht. Wenn jetzt zusätzliche Maßnahmen gekürzt werden, werden noch mehr Menschen von Armut betroffen sein. Dies wird am Ende für alle teurer werden, als jetzt bei den Maßnahmen zu sparen. Die Kürzungen müssen deshalb zurückgenommen werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 050 Inklusion** **Titel 686 10 Maßnahmen nach dem Inklusionsstärkungsgesetz** Erhöhung des Baransatzes von 850.000 Euro um 650.000 Euro auf 1.500.000 Euro **Begründung:** Die Agentur Barrierefrei ist eine zentrale Beratungsstelle rund um das Thema Barrierefreiheit und stellt unter anderem Informationen zu konkreten Umsetzungsbeispielen, Arbeitshilfen sowie rechtlichen Hintergründen zusammen. Die Kürzung trifft die Agentur Barrierefrei drastisch und gefährdet die Inklusion in NRW. Die Kürzung ist deshalb zurückzunehmen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 050** **Inklusion** **Titelgruppe 80** **Gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Inklusionsoffensive und Landesinitiative Gewaltschutz** **Titel 686 80** **Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke** Erhöhung des Baransatzes von 3.464.000 Euro um 467.000 Euro auf 3.931.000 Euro **Begründung:** Nach der UN-Behindertenrechtskonvention müssen die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen gefördert, geschützt und gewährleistet werden. Alle Menschen müssen die gleichen Rechte und das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. In NRW ist es noch ein weiter Weg bis zur uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Gerade deshalb darf nicht bei den Maßnahmen zur gesellschaftlichen Inklusion für Menschen mit Behinderung gespart werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 050** **Inklusion** **Titelgruppe 86** **Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen** **Titel 893 86** **Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland** Erhöhung des Baransatzes von 1.500.000 Euro um 2.151.000 Euro auf 3.651.000 Euro **Begründung:** Der Arbeits- und Fachkräftemangel breitet sich in NRW weiter aus. Unternehmen finden keine Beschäftigten mehr und können bestimmte Leistungen aufgrund des Mangels an Personal nicht mehr anbieten. Viele Menschen mit Behinderung können den Arbeitsmarkt qualitativ hochwertig unterstützen. Gerade deshalb muss die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt intensiviert und nicht geschwächt werden. Kürzungen sind deshalb abzulehnen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titel 683 25** **Zuschuss an das Zentrum für Telematik und Telemedizin, ZTG GmbH** Erhöhung des Baransatzes von 0 Euro um 1.051.800 Euro auf 1.051.800 Euro **Begründung:** NRW darf nicht ausschließlich auf privatwirtschaftliche Innovationen bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens setzen. Das Zentrum für Telematik und Telemedizin hat in den letzten Jahren einen wichtigen Beitrag für bessere digitale Unterstützung für Pflegebedürftige oder Beschäftigte im Gesundheitswesen geleistet. Diese Arbeit darf durch die Streichung der Landesmittel nicht gefährdet werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titel 686 10** **Zuschuss für Zwecke der Bekämpfung der Glücksspielsucht** Erhöhung des Baransatzes von 1.250.000 Euro um 1.500.000 Euro auf 2.750.000 Euro **Begründung:** Im Jahr 2024 verloren Glücksspielende in NRW insgesamt über 1,17 Milliarden Euro an Geldspielautomaten. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass 80 % dieser Verluste von Personen mit problematischem oder pathologischem Spielverhalten verursacht werden. Viele Menschen geraten dadurch in den finanziellen Ruin. Sie selbst, ihre Angehörigen, Freunde und nicht selten die eigenen Kinder leiden unter den Folgen dieser Glücksspielsucht. Im Jahr 2024 hat die Landesregierung bereits 1,5 Millionen Euro bei der Präventionsarbeit im Glücksspielbereich gekürzt. Die aktuelle Situation zeigt: Diese Kürzungen müssen zurückgenommen werden. Ansonsten werden noch mehr Menschen in die Glücksspielsucht geraten.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titelgruppe 64** **Maßnahmen zur Eindämmung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen** **Titel 684 64** **Zuschüsse an freie Träger** Erhöhung des Baransatzes von 400.000 Euro um 11.300 Euro auf 411.300 Euro **Begründung:** Rücknahme von Kürzungen durch die Ergänzungsvorlage.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titelgruppe 64** **Maßnahmen zur Eindämmung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen** **Titel 686 64** **Zielgruppenspezifische HIV-Prävention, Beratung, Betreuung und Pflege** Erhöhung des Baransatzes von 1.452.200 Euro um 379.800 Euro auf 1.832.000 Euro Änderung des Haushaltsvermerks der Beilage 3 zu EP 07 3.1: Erhöhung des Ansatzes von 352.300 Euro um 189.700 Euro auf 542.000 Euro. **Begründung:** Die Aidshilfen in NRW und viele weitere Projekte wie YOUTHWORK NRW leiten in NRW einen unverzichtbaren Einsatz u.a. zur HIV-Prävention, Jungenarbeit und Beratung. Durch die massiven Kürzungen in diesem Bereich steht der Bestand der Aidshilfen, Beratungsstellen und Projekte auf dem Spiel. Viele werden ihren Betrieb bei den geplanten Kürzungen der Landesregierung nicht fortführen können.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titelgruppe 71** **Maßnahmen zur Eindämmung von Suchterkrankungen und ihren Folgen** **Titel 684 71** **Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen** Erhöhung des Baransatzes von 3.830.200 Euro um 1.613.700 Euro auf 5.443.900 Euro **Begründung:** In NRW benötigen Menschen mit Suchterkrankungen Unterstützung, wenn sie sich nicht mehr selbst helfen können. Nicht selten leiden die Familien der betroffenen unter der Erkrankung eines Familienmitglieds mit. Die Folgen sind demnach vielfältig und wirken sich nicht nur auf das Individuum, sondern auf mehr Menschen negativ aus. In NRW leisten viele Projekte, Vereine oder Organisationen einen wertvollen Beitrag, um Menschen aus der Sucht zu helfen, gar nicht erst süchtig zu werden oder gesundheitliche Folgen abzuschwächen. Diese Arbeit darf nicht durch die Landesregierung zusammengestrichen werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titelgruppe 81** **Maßnahmen der Gesundheitsförderung und zur Stärkung des Gesundheitswesens** **Titel 684 81** **Zuschüsse an freie Träger** Erhöhung des Baransatzes von 3.221.300 Euro um 2.102.100 Euro auf 5.323.400 Euro **Begründung:** Unter den Maßnahmen der Gesundheitsförderung und zur Stärkung des Gesundheitswesens fallen neben der Selbsthilfe u.a. die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Kinderschutz und Maßnahmen des Infektionsschutzes. Dazu gehören umfassende Beratungsangebote, Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention, sowie Unterstützungsleistungen. Diese sind durch die Kürzungen gefährdet. Ziel muss es sein, dass Menschen in NRW gar nicht erst krank werden, sich im Krankheitsfall selbst helfen können und die notwendige Unterstützung dafür erhalten. Fallen Strukturen durch Kürzungen weg, wird die Gesundheit der Menschen gefährdet. Das muss verhindert werden. Am Ende kosten mehr erkrankte Menschen mehr, als jetzt gespart wird.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titelgruppe 81** **Maßnahmen der Gesundheitsförderung und zur Stärkung des Gesundheitswesens** **Titel 686 81** **Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland** Erhöhung des Baransatzes von 500.000 Euro um 200.000 Euro auf 700.000 Euro **Begründung:** Unter den Maßnahmen der Gesundheitsförderung und zur Stärkung des Gesundheitswesens fallen neben der Selbsthilfe u.a. die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Kinderschutz und Maßnahmen des Infektionsschutzes. Dazu gehören umfassende Beratungsangebote, Maßnahmen zur Aufklärung und Prävention, sowie Unterstützungsleistungen. Diese sind durch die Kürzungen gefährdet. Ziel muss es sein, dass Menschen in NRW gar nicht erst krank werden, sich im Krankheitsfall selbst helfen können und die notwendige Unterstützung dafür erhalten. Fallen Strukturen durch Kürzungen weg, wird die Gesundheit der Menschen gefährdet. Das muss verhindert werden. Am Ende kosten mehr erkrankte Menschen mehr, als jetzt gespart wird.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 080** **Maßnahmen für das Gesundheitswesen** **Titelgruppe 83** **Psychiatrische Versorgung** **Titel 684 83** **Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen** Erhöhung des Baransatzes von 1.500.000 Euro um 1.500.000 Euro auf 3.000.000 Euro **Begründung:** Die Mittel für die Psychiatrische Versorgung beinhalten die Überarbeitung des Landespsychiatrieplans und die Schaffung von Verbunds-Strukturen. Bereits jetzt liegt die Landesregierung hinter ihren gesetzten Zielen zurück. So müssen bspw. viele Menschen mehrere Monate Wartezeit in Kauf nehmen, um einen Therapieplatz zu bekommen. Das ist nur eines von vielen Problemen. Wenn jetzt zusätzlich gekürzt wird, wird eine positive Entwicklung bei der psychiatrischen Versorgung der Menschen in NRW definitiv ausbleiben.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 090** **Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe** **Titelgruppe 92** **Zinsen und Tilgung von Darlehen für Baumaßnahmen von Pflegeeinrichtungen** **Titel 173 92** **Tilgung** Erhöhung des Baransatzes von 19.500.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 20.500.000 Euro **Begründung:** In NRW benötigt es auskömmliche Investitionen für Baumaßnahmen in Pflegeeinrichtungen. Egal ob Pflegeheim, Krankenhaus oder Pflegeschule. Alle Einrichtungen müssen auf den neuesten Stand gebracht werden. Kürzungen stehen dem im Weg.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 090** **Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe** **Titelgruppe 90** **Landesförderung Alter und Pflege** **Titel 686 90** **Zuschüsse an Sonstige** Erhöhung des Baransatzes von 9.670.000 Euro um 3.303.500 Euro auf 12.973.500 Euro Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 3.2: Anhebung des Ansatzes 2025 von 0 Euro um 120.000 Euro auf 120.000 Euro **Begründung:** In den kommenden Jahren werden immer mehr Menschen pflegebedürftig werden. Schon jetzt ist die pflegerische Versorgung in NRW am Limit. Das Pflegepersonal ist an der Belastungsgrenze und viel zu oft müssen pflegende Angehörige ihre Familienmitglieder pflegen und werden durch die hohe Belastung selbst krank. Dass nun bei der Landesförderung Alter und Pflege gespart werden soll und zukünftig weniger in Unterstützung für die Menschen und Beratungsangebote investiert wird, kann zu einer weiteren enormen Belastung der Menschen in NRW führen. Dieses Ziel kann so nicht weiter von der Landesregierung verfolgt werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 11 090** **Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe** **Titelgruppe 93** **Förderungen von Investitionen an Pflegeschulen** **Titel 893 93** **Zuweisungen für Investitionen an Sonstige im Inland** Erhöhung des Baransatzes von 2.200.000 Euro um 4.800.000 Euro auf 7.000.000 Euro **Begründung:** Die Pflegeschulen spielen bei der pflegerischen Ausbildung der zukünftigen Pflegefachkräfte eine zentrale Rolle. Um die Pflegeausbildung attraktiv zu gestalten, müssen die Pflegeschulen auf den neuesten Stand gebracht werden. Nur so können sie ein attraktives Lernumfeld schaffen. Bereits in den vergangenen Jahren haben sich Träger darüber beschwert, dass die Investitionen zu niedrig sind. Deshalb darf an dieser Stelle nicht weiter gekürzt werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 12
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU GRÜNE	**Kapitel 12 200** **Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen Düsseldorf** **Titel 422 01** **Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter** Erhöhung des Baransatzes **2025** **Ansatz lt. HH 2024** von 27 399 600 Euro 27 399 600 Euro um 319 600 Euro auf 27 719 200 Euro **Erhöhung der Planstellen** Die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 6 wird von 41 um 26 auf 67 erhöht. von 41 Bes.Gr. A 6 Regierungssekretärin, Regierungssekretär; Einstiegsamt um 26 Bes.Gr. A 6 Regierungssekretärin, Regierungssekretär; Einstiegsamt auf 67 Bes.Gr. A 6 Regierungssekretärin, Regierungssekretär; Einstiegsamt Die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 wird von 39 um 2 auf 41 erhöht. von 39 Bes.Gr. A 9 Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor um 2 Bes.Gr. A 9 Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor auf 41 Bes.Gr. A 9 Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor	**angenommen** CDU ja SPD Enthaltung GRÜNE ja FDP nein AfD nein

		Begründung: Mit der Einführung eines Fahrrad-Leasing-Modells für die Landesbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen wird das Landesamt für Besoldung und Versorgung eine gänzlich neue Aufgabe übernehmen. Zur Bewältigung dieser Tätigkeiten sind im Kapitel 12 200 neue Planstellen erforderlich. Im Landesamt für Besoldung und Versorgung werden durch die Möglichkeit für Beamtinnen und Beamten sowie Tarifbeschäftigte des Landes einen Fahrrad-Leasing-Vertrag abzuschließen verschiedene Aufgaben anfallen: Zunächst sind die Voraussetzungen der Landesbeschäftigten für ein Leasing zu überprüfen. Hierzu zählen neben der Art des Beamten- bzw. Angestelltenverhältnisses (z.B. Beschäftigte/r nicht im Vorbereitungsdienst) ebenfalls gewisse Bonitäts-Prüfungen (bspw. Vorliegen von Pfändungen) sowie eine steuerrechtliche, sozialversicherungsrechtliche und tarif- und besoldungsrechtliche Beurteilung der Fälle. Aufgrund von Erfahrungswerten anderer Bundesländer kann damit gerechnet werden, dass ca. 15 % der Landesbeschäftigten von der Möglichkeit des Fahrrad-Leasings Gebrauch machen werden. Bei aktuell ca. 210.500 Tarifbeschäftigten sowie 292.900 Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen sind insgesamt sind für die Umsetzung des Fahrrad-Leasings im Landesamt für Besoldung und Versorgung 26 Planstellen der Laufbahngruppe 1.2 mit der Wertigkeit A 6 zur Bearbeitung der Fälle und 2 Planstellen der Laufbahngruppe 2.1 mit der Wertigkeit A 9 für Koordinierungstätigkeiten erforderlich. Bei einer Ausbringung dieser Planstellen im Eingangsamt ist ein Gesamtbudget von jährlich 958.700 Euro notwendig. Da nicht zu Beginn des Jahres 2025 das Fahrrad-Leasing eingeführt wird – weil zunächst ein Ausschreibungsverfahren durchzuführen ist – kann das erforderliche Budget lediglich für 4 Monate im Haushalt 2025 eingeplant werden**.**	

Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 14 010 Ministerium** **Titel 547 17 Sächliche Verwaltungsausgaben Klimaschutz** Erhöhung des Baransatzes von 9.524.800 Euro um 4.000.000 Euro auf 13.524.800 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 14 300** **Klimaschutz und Energiewende** **Titelgruppe 64** **Kommunaler und gesellschaftlicher Klimaschutz** **Titel 683 64** **Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes von 5.750.000 Euro um 4.000.000 Euro auf 9.750.000 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP nein AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 15 010 Ministerium** **Titelgruppe 65 Oberste Jagd- und Fischereibehörde** **Titel 537 65 Ausgaben für Untersuchungen** Erhöhung des Baransatzes von 2.423.500 Euro um 21.000 Euro auf 2.444.500 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD nein

Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 15 030** **Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft und Landschaftspflege** **Titelgruppe 67** **Einzelbetriebliche Maßnahmen** **Titel 683 67** **Zuschüsse an private Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes von 1.471.800 Euro um 100.000 Euro auf 1.571.800 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD Enthaltung

Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 15 030** **Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft und Landschaftspflege** **Titelgruppe 78** **Wiederaufforstung der Wälder gem. "Schmallenberger Erklärung"** **Titel 683 78** **Zuschüsse an private Unternehmen** Erhöhung des Baransatzes von 5.748.400 Euro um 500.000 Euro auf 6.248.400 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 15 040 Verbraucherschutz** **Titelgruppe 72 Nutztierhaltungsstrategie** **Titel 893 72 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige** Erhöhung des Baransatzes von 2.168.300 Euro um 2.422.400 Euro auf 4.590.700 Euro **Begründung:** Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD Enthaltung

Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Kapitel 20 020** **Allgemeine Bewilligungen** **Titel 119 20** **Einnahmen aus der Rückübertragung nicht mehr benötigter Selbstbewirtschaftungsmittel** Erhöhung des Baransatzes von 2.586.183.600 Euro um 159.110.800 Euro auf 2.745.294.400 Euro **Begründung:** Gegenfinanzierung	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP Enthaltung AfD ja

Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	CDU GRÜNE	**Kapitel 20 020** **Allgemeine Bewilligungen** **Titel 461 11** **Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Obergruppe 42 in den Einzelplänen, zur Verstärkung von Ansätzen bei Titeln der Hauptgruppe 6 im Kapitel 10 011 sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 5 - 8 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Ersatzschulen, Hochschulen und Universitätskliniken** Verringerung des Baransatzes **2025** **Ansatz lt. HH 2024** von 2.866.863.200 Euro 3.107.000.000 Euro um 319.600 Euro auf 2.866.543.600 Euro **Begründung:** Der Verstärkungsansatz wird zur Gegenfinanzierung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Einführung des Fahrradleasing-Modells für Beschäftigte des Landes Nordrhein-Westfalen um 319.600 Euro abgesenkt.	**angenommen** CDU ja SPD Enthaltung GRÜNE ja FDP nein AfD nein

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 20 020** **Allgemeine Bewilligungen** **Titel 514 00** **Zur Verstärkung der Ansätze bei Titeln der Gruppe 514 in den Einzelplänen** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 5.000.000 Euro - Euro um 5.000.000 Euro auf - Euro **Begründung:** Dieser neue Titel soll der Abdeckung etwaiger Mehrbedarfe bei Ausgaben für Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dergleichen dienen. Die Ausstattung mit 5 Millionen Euro wird nicht weiter begründet. Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern, der Sicherstellung von Haushaltswahrheit- und Klarheit sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollte der Ansatz gestrichen werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 20 020** **Allgemeine Bewilligungen** **Titel 531 00** **Zur Verstärkung der in den Einzelplänen vorgesehenen Ansätze für Öffentlichkeitsarbeit** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 3.000.000 Euro 3.000.000 Euro um 3.000.000 Euro auf - Euro **Begründung:** Dieser Verstärkungstitel wurde in Vorjahren nie ausgeschöpft. Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern, der Sicherstellung von Haushaltswahrheit- und Klarheit sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollte der Ansatz gestrichen werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	FDP	**Kapitel 20 020** **Allgemeine Bewilligungen** **Titel 971 10** **Unvorhergesehenes** Reduzierung des Baransatzes **HH 2025** **Ansatz 2024** von 5.000.000 Euro 500.000 Euro um 5.000.000 Euro auf - Euro **Begründung:** Zur Abdeckung von Ausgaben, die im Laufe des Haushaltsjahres höher ausfallen, als noch zu Beginn der Haushaltsaufstellung absehbar war, existiert bereits die Globale Mehrausgabe. Der Titel "Unvorhergesehenes" erscheint deshalb obsolet. Auch die Begründung des erhöhten Ansatz im Vergleich zum Vorjahr kann nicht nachvollzogen werden. Sowohl der Klimawandel als auch die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine sind seit mehreren Jahren bzw. Jahrzenten bekannt. Zwecks sparsamen Umgangs mit Steuergeldern, der Sicherstellung von Haushaltswahrheit- und Klarheit sowie aufgrund des herrschenden Konsolidierungsdrucks im Landeshalt sollte der Ansatz gestrichen werden.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
zum Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	**Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025 – HHG 2025) - Drucksache 18/10300 und Drucksacke 18/11300 in der Fassung nach der 2. Lesung Drucksache 18/11993- wird wie folgt geändert:** 1. § 17 wird gestrichen. **Begründung:** Eine vollständige Ausnahme von der zeitlich begrenzten Verfügbarkeit von Selbstbewirtschaftungsmitteln für Baumaßnahmen erscheint angesichts der Durchbrechung der Haushaltsgrundsätze durch die Anhäufung von nicht verbrauchten Selbstbewirtschaftungsmitteln nicht notwendig. Insbesondere Bauvorhaben mit ihren umfangreichen finanziellen Volumina bringen die Gefahr mit sich, dass der Anteil der Mittel, die sich außerhalb des Haushaltsplans und der Kontrolle des Parlaments befinden, auf eine verfassungswidrige Höhe anwachsen. Im haushaltstechnischen Repertoire befinden sich ausreichende Möglichkeiten, um die Finanzierung von Bauvorhaben sicherzustellen, auch ohne dabei über Jahre nicht verbrauchte Selbstbewirtschaftungsmittel anzuhäufen.	**abgelehnt** CDU nein SPD ja GRÜNE nein FDP ja AfD ja

Anlage zu Drucksache 18/12049

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2025

Der nachfolgende Veränderungsnachweis basiert auf den Haushaltsansätzen bzw. den Stellenplänen und Stellenübersichten des Haushaltsentwurfs 2025 einschließlich der Ergänzungsvorlage (Drucksache 18/11300, Ergänzungsvorlage). Dabei berücksichtigt der "bisherige Haushaltsansatz 2025" den Stand nach der 2. Lesung.

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich

des Landtags

für das Haushaltsjahr

2025

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushaltsansatz 2025 EUR	mehr (+) / weniger (–) EUR	Neuer Haushaltsansatz 2025 EUR
01 010	**Landtag**			
	A u s g a b e n			
	Sächliche Verwaltungsausgaben			
n e u				
531 10 011	**Bürgerräte. . . . . .**	—	—	—
	Verpflichtungsermächtigung: bisher — / mehr / weniger **+500 000** / neu **500 000**			
	Gesamtausgaben Kapitel 01 010.	**225 480 300**	—	**225 480 300**
	Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 01 010.	**111 607 500**	**+500 000**	**112 107 500**

	E I N Z E L P L A N A B S C H L U S S	Bisheriger Haushalts-ansatz 2025 EUR	mehr (+) / weniger (–) EUR	Neuer Haushalts-ansatz 2025 EUR
	Gesamteinnahmen	241 300	—	241 300
	Gesamtausgaben	241 223 500	—	241 223 500
	Verpflichtungsermächtigungen	112 107 500	+500 000	112 607 500

	P E R S O N A L A B S C H L U S S	Bisherige Stellenzahl 2025	mehr (+) / weniger (–)	Neue Stellenzahl 2025
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	297	—	297
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	216	—	216
	Summe	513	—	513

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

für den Geschäftsbereich

des Ministeriums der Finanzen

für das Haushaltsjahr

2025

Kapitel Titel Funkt.-Kennziffer	Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushaltsansatz 2025 EUR	mehr (+) / weniger (–) EUR	Neuer Haushaltsansatz 2025 EUR
12 200	**Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen Düsseldorf**			
	A u s g a b e n			
	Personalausgaben			
422 01 062	**Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter. . . . . .**	**27 399 600**	**+319 600**	**27 719 200**

Planstellen

2025 neu	**2025** bisher	
		Bes.Gr. A 9
41	39	Regierungsinspektorin, Regierungsinspektor
		Bes.Gr. A 6
67	41	Regierungssekretärin, Regierungssekretär (Einstiegsamt) davon 8 (8) kw ab 01.01.2016
730	702	Planstellen
		davon
—		Dienstwohnungsinhaber
		Gliederung nach Laufbahngruppen
29	29	Laufbahngruppe 2.2
247	245	Laufbahngruppe 2.1
454	428	Laufbahngruppe 1.2
—	—	Laufbahngruppe 1.1

Gesamtausgaben Kapitel 12 200.	**74 403 600**	**+319 600**	**74 723 200**
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 12 200.	**200 000**	**—**	**200 000**

	E I N Z E L P L A N A B S C H L U S S	Bisheriger Haushalts-ansatz 2025 EUR	mehr (+) / weniger (–) EUR	Neuer Haushalts-ansatz 2025 EUR
	Gesamteinnahmen	197 201 200	—	197 201 200
	Gesamtausgaben	3 147 865 700	+319 600	3 148 185 300
	Verpflichtungsermächtigungen	99 128 000	—	99 128 000

	P E R S O N A L A B S C H L U S S	Bisherige Stellenzahl 2025	mehr (+) / weniger (–)	Neue Stellenzahl 2025
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	23 212	+28	23 240
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	7 911	—	7 911
	Summe	31 123	+28	31 151

Veränderungsnachweis

Haushaltsplan

der allgemeinen Finanzverwaltung

für das Haushaltsjahr

2025

Kapitel Titel / Funkt.-Kennziffer		Zweckbestimmung (Erläuterungen)	Bisheriger Haushaltsansatz 2025 EUR	mehr (+) / weniger (–) EUR	Neuer Haushaltsansatz 2025 EUR
20 020		**Allgemeine Bewilligungen**			
		A u s g a b e n			
		Personalausgaben			
461 11	**881**	**Zur Verstärkung der Ansätze für die Personalausgaben bei Titeln der Obergruppe 42 in den Einzelplänen, zur Verstärkung von Ansätzen bei Titeln der Hauptgruppe 6 im Kapitel 10 011 sowie nach Maßgabe der Vermerke Nr. 5 - 8 zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe, Ersatzschulen, Hochschulen und Universitätskliniken. . . . . .**	**2 866 863 200**	**-319 600**	**2 866 543 600**
		Gesamtausgaben Kapitel 20 020.	**1 493 556 600**	**-319 600**	**1 493 237 000**
		Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 20 020.	**349 830 000**	**—**	**349 830 000**

	E I N Z E L P L A N A B S C H L U S S	Bisheriger Haushalts-ansatz 2025 EUR	mehr (+) / weniger (–) EUR	Neuer Haushalts-ansatz 2025 EUR
	Gesamteinnahmen	88 654 950 800	—	88 654 950 800
	Gesamtausgaben	22 954 450 300	-319 600	22 954 130 700
	Verpflichtungsermächtigungen	349 830 000	—	349 830 000

	P E R S O N A L A B S C H L U S S	Bisherige Stellenzahl 2025	mehr (+) / weniger (–)	Neue Stellenzahl 2025
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter	—	—	—
	Richterinnen und Richter auf Probe	—	—	—
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	—	—	—
	Summe	—	—	—